

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1920

84 (28.3.1920) Erstes Blatt

Zeitungspreis:
in Karlsruhe frei ins Haus
geliefert monatlich 4.60 M.,
an den Ausgabestellen ab-
geholt monatlich 4.20 M.
Auswärts durch unsere
Agenturen bezogen 4.50 M.
monatlich, am Postämter
abgeholt monatlich 4.40 M.,
vierteljährlich 13.20 M., durch
den Briefträger frei ins
Haus gebracht monatlich
4.75 M., vierteljährlich 14.25 M.
Verlag, Schriftleitung
und Geschäftsstelle
Mitterstraße 1.

Karlsruher Tagblatt

Anzeigen:
die 9. u. 10. Spaltenzeile
oder deren Raum 90 Pf.
Reklamspalt 3.— M., an
erster Stelle 3.50 M.,
Nacht nach Karlsruhe
Anzeigenannahme
bis 12 Uhr mittags,
kleinere Anzeigen (außen)
bis 4 Uhr nachmittags.
Fernsprechanzeige:
Geschäftsstelle Nr. 203,
Verlag Nr. 207,
Schriftleitung Nr. 20 u. 948

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift
„Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Verantwortlich für Politik: Martin Solinger; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für Heftleitung: Carl Felsner und Hermann Weid; für Inserate: L. S. Deim, S. Riecke u. Brund und Verlag: C. B. Müller'sche Buchhandlung u. m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Kurt Deitrich, Friedenau, Kegelstraße 65/66. Teleph. Amt Umland 2902. Für unverlangte Manuskripte oder Druckfahnen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

117. Jahrg. Nr. 84.

Sonntag, den 28. März 1920

Erstes Blatt.

Zusammenbruch der Arbeiter-Bewegung.

(Von unserem Newyorker Korrespondenten.)

v.-L. Newyork, 27. Febr.

Noch vor wenigen Monaten schien es, als ob die gesamte Arbeiterschaft des Landes entschlossen wäre, sich auf dem politischen Gebiete geltend zu machen in der Ueberzeugung, daß sie auf andere Weise keine ihrer Forderungen durchsetzen könne. Heute scheint diese mit so großem Eifer ins Werk gesetzte Bewegung vollständig zusammengebrochen zu sein. Es ist allerdings wahrscheinlich, daß in der kommenden Präsidentenwahl eine Arbeiterpartei einen Kandidaten aufstellen wird, aber es sieht nicht danach aus, als ob dieser auf nennenswerte Unterstützung rechnen könnte. Man darf jetzt schon sagen, daß nicht nur seine Ermählung ganz ausgeschlossen ist, sondern daß auch die auf ihn fallende Stimmzahl nicht groß genug sein dürfte, um an dem Ausfall etwas zu ändern.

Die Gründe dafür sind mannigfacher Art; zunächst muß beachtet werden, daß der amerikanische Arbeiter im großen ganzen vom Sozialismus nichts weiß und nichts wissen will. Die Sozialisten werden nach wie vor einen eigenen Kandidaten aufstellen, und ihre Unterstützung geht dem Arbeiter-Kandidaten natürlich verloren. Abgesehen von der Tatsache, daß der amerikanische Arbeiter ebensowenig wie jede andere Schicht der Bevölkerung des Landes gar keine Ahnung hat, was der Sozialismus eigentlich ist und will, ihn vielmehr mit Kommunismus, Anarchismus und Bolschewismus in einen Topf wirft, ist es auch den Politikern und der Presse gelungen, die Ueberzeugung zu erwecken, daß Sozialist und Vaterlandsverräter ungefähr dasselbe ist. Wir leben noch immer in Zeiten, in denen der Patriotismus die einzige Tugend ist, die für wertvoll gehalten wird, und das haben sich namentlich die Kapitalisten zunutze gemacht, indem sie alle Angriffe auf die besitzenden Klassen und Leben, auch den letzten Wunsch, die vorhandenen Einrichtungen abzuändern, als unpatriotischen Brandmarken.

Der Präsident des amerikanischen Arbeiterbundes, Samuel Gompers, dessen Konservatismus zur Genüge bekannt ist, hat in einem Manifest die beabsichtigte Gründung einer Arbeiterpartei auf das Schärfste verurteilt und sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Arbeiter sich darauf beschränken müssen, ihre ökonomische Lage auf dem bisher eingeschlagenen Wege zu verbessern und in der Politik diejenigen Kandidaten zu unterstützen, welche ihnen als Arbeiterfreunde bekannt sind. Das wird natürlich ebenso unwirksam bleiben, wie es bisher gewesen ist. Die Politiker versprechen den Arbeitern das Blaue vom Himmel herunter, wenn es aber zum Handeln kommt, sind sie nicht vorhanden. Die paar aufrichtigen Befürworter der Forderungen der organisierten Arbeiter können nichts ausrichten. Gompers ist eben, wie der größte Teil seiner Geistesgenossen, überhaupt fast alle Amerikaner, in erster Linie Parteimann. Er kann nicht begreifen, wie man gegen beide vorhandenen Parteien kämpfen kann, und sieht in der Gründung einer neuen Partei den Ruin des Landes. Sein Vorschlag hat noch eine andere sehr gefährliche Seite. Wenn ein so großer Teil der Wähler, wie die gesamte Arbeiterschaft, bei der Wahl einzig und allein berücksichtigt, wie die Kandidaten sich zu den für sie wichtigen Fragen stellen, so bleiben alle anderen Fragen außer aller Beachtung. Ein Kandidat würde die Stimmen der Arbeiter bekommen, wenn sie ihm glauben, daß er ihnen helfen würde, wenn er auch in jeder anderen Beziehung die allerwerdendsten Maßregeln befürwortet. Der von Gompers empfohlene Modus ist somit weder für die Arbeiterschaft selbst empfehlenswert, noch für das Gemeinwohl; für das Letztere sogar im höchsten Grade gefährlich.

Es mag sein, daß die Arbeiter entnervt sind, weil sie überall, wo sie in der letzten Zeit sich gegen das Kapital auflehnten, geschlagen worden sind. Der Stahl-Streik ist verloren worden, und der Ausfall in den Kohlengruben endigte damit, daß die Bergleute sich dem Präsidenten fügten. Das rücksichtslose Vorgehen der Regierung und der Unternehmer gegen jeden Versuch der Arbeiter, sich höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit zu verschaffen, wobei die Gerichte mit unerbittlicher Strenge Partei nahmen, scheint die Arbeiterschaft eingeschüchtert zu haben. Nachdem die Eisenbahn-Angestellten noch vor zwei Monaten mit größter Bestimmtheit erklärten, sie würden unter allen Umständen die Arbeit niederlegen, falls die Eisenbahnen nicht verstaatlicht würden, geben sie jetzt mit dem vom Kongreß angenommenen Will zufrieden. Sie haben zwar den Präsidenten erlucht, den Entwurf zu verfeinern, aber sie erheben nur gegen einige Punkte Einwand, und von der entschlossenen Drohung, die Zurückgabe der Bahnen an die Privateigentümer werde unter allen Umständen verhindert werden, ist keine Spur mehr vorhanden. Die Plumb-Bill, welche die Verwaltung in die Hände des Staates und der Arbeiter legte, und

die mit so großer Entschiedenheit gefordert wurde, scheint ganz vergessen zu sein.

Die Arbeiter protestieren gegen die Schiedsgerichte, die aus je drei Vertretern der Gesellschaften, der Angestellten und des Publikums (die Regierungen vom Präsidenten ernannt) bestehen. Sie wollen keine vom Präsidenten ernannten Mitglieder haben, weil diese ihrer Ansicht nach doch mit dem Kapital zusammen gehen würden. Uebrigens ist die Behörde ganz machtlos, da sie nur Empfehlungen machen, ihre Durchführung aber nicht erzwingen kann. Be-

sonders unzufrieden sind die Arbeiter mit der Vorschrift, daß der Staat den Eisenbahnen für die nächsten zwei Jahre eine Rein-Einnahme von 5 1/2 Proz. garantiert, der die Eisenbahn-Kommission noch 1 Proz. für Verbesserungen des Betriebes hinzuzufügen kann. Erst wenn über 6 Proz. verdient werden, geht eine Hälfte des Ueberschusses an die Regierung, die ihn zum Ausbau des Bahn-Systems benutzen muß, und die andere Hälfte an die Eisenbahnen als Reservefonds. Die Bahnen haben, während sie unter Regierungsverwaltung standen, ab-

sichtlich einen so schlechten Dienst geliefert, daß die öffentliche Meinung überwiegend zu der Ueberzeugung gelangt ist, staatlicher Betrieb lasse sich nicht durchführen. Deshalb siegten die Gegner der Verstaatlichung. Jedoch werden sie wohl zu anderen Ansichten gelangen, wenn die Bahnen nicht ganz außergerichtlich Anstrengungen machen, einen besseren und billigeren Dienst zu liefern, als sie je taten. Sie haben noch einmal gefiegt, können aber nur dann darauf rechnen, die Früchte zu genießen, wenn sie es verdienen.

Die amerikanische Arbeiterschaft hat ihre Kampflust schnell eingebüßt. Vielleicht hat sie eingesehen, daß das Kapital auch ohne sie auskommen und die Lösung der Frage viel länger abwarten kann. Es ist in den letzten Jahren so viel Geld verdient worden, daß die Unternehmer ruhig auf ihren Geldsäcken sitzen und die Dinge ihren Lauf nehmen lassen können. Der Arbeiter hat nicht so viel gepart und muß sich eben fügen.

Das neue Kabinett.

5. Von unserer Berliner Redaktion wird uns berichtet:

Die durch die Wahlnunstat derer um Stapp verursachte außerordentlich schwierige innerpolitische Lage ließ auch gestern die Beschlüsse und Entscheidungen mehrmals umfassen. Kaum hatte das Wolff-Büro die neue Ministerliste in die Welt hinaus telegraphiert, so stimmte sie nach einer Stunde schon nicht mehr. Das neue Reichsministerium, wie es gestern abend zustande gekommen ist, dürfte im allgemeinen nur eine sehr zürückhaltende Zustimmung in der Bevölkerung finden. Bei den Anhängern der Koalitionsparteien kann die Aufnahme des neuen Kabinetts deshalb nur zurückhaltend sein, weil sein Charakter als Uebergangs- und Kompromißbildung zu deutlich ist. Diese Zurückhaltung gilt vor allem dem neuen Kanzler Hermann Müller gegenüber, der zugleich das Portfeuille des Außenwärters beibehält. Es muß dringend gefordert werden, daß diese Verkopplung nur von ganz kurzer Dauer ist. Als Außenminister brauchen wir unbedingt einen außerordentlich tüchtigen Mann, denn die außenpolitischen Fragen dürften schon sehr bald wieder auf den Fingern brennen. Man denke z. B. an die letzte Rede Barthous, aber auch an die großen weltwirtschaftlichen Probleme im Zusammenhang mit der Erfüllung wie mit der Revision des Versailler Vertrages. Nur Hand in Hand mit einem energischen Außenminister wird auch der neue Reichsfinanzminister Dr. Wirth die ihm nachgerühmten Fähigkeiten wirksam entfalten können. Die Regierung wird sich bereits am Montag vormittag der Nationalversammlung mit ihrem Programm vorstellen. Besonders wichtig wird die Erklärung des neuen Reichswehrministers Dr. Gessler sein, denn noch ist die innerpolitische und soziale Spannung sehr stark; noch stehen wichtige Gebiete im Westen im Falle und der Gedanke einer Mätherrschaft wird auch sonst immer wieder der zernücherten und allzu gläubigen Menge einsumpfen versucht.

Die Verabingung durch methodisch angewandte Machtmittel oder besser durch Verständigung mit der Arbeiterschaft ist also die erste Aufgabe der neuen Regierung und zugleich die wichtigste Existenzfrage des Reiches überhaupt. Wie wir hören, hatte Generaldirektor Cuno in Hamburg, nachdem er in Uebereinstimmung mit seiner Partei und auch seinem Ausschüßrat die Annahme des Finanzministeriums zugesagt hatte, diese Zusage rückgängig gemacht, da die Gewerkschaften sich sehr unfreundlich gegen ihn ausgesprochen hatten. Herr Cuno dürfte übrigens schon bald eine wichtige Geschäftsreise nach Nordamerika antreten.

Auch die Bildung des neuen Kabinetts in Preußen steht vor der Beendigung. Als Ministerpräsident wird der Sozialdemokrat Graf, Minister des Innern der bisherige Staatskommissar für das Ruhrgebiet, Severing, antreten. Sonst dürften von den Sozialdemokraten der Landwirtschaftsminister Braun, der Kultusminister Henrichs und der Wohlfahrtsminister Stegerwald bleiben. Von den anderen, besonders von den demokratischen Ministern, ist das noch nicht sicher.

Die Ministerliste.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 27. März. (Wolff.) Amtlich. Nachdem das Kabinett Bauer zurückgetreten war, hatte der Reichspräsident den Minister des Auswärtigen mit der Bildung des neuen Kabinetts betraut. Diese Kabinettsumbildung hat zu folgendem Ergebnis geführt:

Reichskanzler: Müller, der einstweilen Minister des Innern bleibt und mit seiner Vertretung im Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes im Behinderungsfalle den Unterstaatssekretär Gesandten v. Saniel beauftragt hat; Stellvertreter des Reichskanzlers und Reichsminister des Innern Dr. Koch; Reichsminister der Finanzen Dr. Wirth; Reichswehrminister Dr. Gessler; Reichsminister für Justiz Dr. Blund; Reichswirtschaftsminister Schmidt; Reichsarbeitsminister Schlicke;

Reichspostminister Giesberts; Reichsfinanzminister Bauer; Reichsverkehrsminister Dr. Bell; Reichsernährungsminister Hermes; Reichsminister ohne Portfeuille Dr. David; das Reichsministerium für Wiederaufbau wird in den nächsten Tagen besetzt werden.

Das neue Kabinett wird sich am Montag der Nationalversammlung vorstellen. Der Reichskanzler wird programmatische Ausführungen machen und sich über die Ereignisse der letzten 14 Tage aussprechen.

Wiederzusammentritt der Nationalversammlung am Montag. (Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 27. März. (Wolff.) Nach einem Beschluß des Reichspräsidenten findet die nächste Sitzung der Nationalversammlung am Montag, den 29. März, 9 Uhr vormittags, statt. Der Reichsrat. (Eigener Drahtbericht.)

6. Berlin, 27. März. In der öffentlichen Sitzung des Reichstags wurde heute der Vorstoß angenommen, ferner der Gesetzentwurf über die Wahl des Reichspräsidenten; gewählt ist demnach, wer im ersten Wahlgang mehr als die Hälfte aller gültigen Stimmen erhält. Er gibt sich keine absolute Mehrheit, so findet ein zweiter Wahlgang statt, bei dem gewählt ist, wer die meisten Stimmen erhält, so daß also im zweiten Wahlgang die relative Mehrheit entscheidet.

Vertragung der Reichsschulkonferenz. (Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 27. März. (Wolff.) Amtlich. Das Reichsministerium des Innern hat sich veranlaßt gesehen, die Reichsschulkonferenz, für deren Beratungen die Zeit vom 7. bis 17. April l. J. in Aussicht genommen war, vorläufig zu vertragen. Infolge der politischen Ereignisse der letzten Wochen ist es unmöglich gewesen, die notwendigen Vorbereitungen für die Tagung rechtzeitig zum Abschluß zu bringen. Infolgedessen steht infolge der veränderten Geschäftslage der Nationalversammlung das Reichstagsgebäude, auf das die Konferenz wegen der Art ihrer Beratungen angewiesen ist, nicht mehr für die ganze Dauer der vorgesehenen Tagung zur Verfügung. Es ist in Aussicht genommen, die Reichsschulkonferenz einzuverleihen, sobald die notwendigen Voraussetzungen dafür gegeben sind.

Annahme des Staatsvertrags wegen Verreichlichung von Post und Eisenbahn durch den württembergischen Landtag. (Eigener Drahtbericht.)

Stuttgart, 27. März. (Wolff.) Der Landtag hat heute einstimmig die Staatsverträge wegen Uebergang von Post und Eisenbahn an das Reich angenommen.

Beginnende Einsicht?

(Eigener Drahtbericht.)

Amsterdam, 27. März. (Wolff.) „Reichsminister Gazette“ schreibt in einem Leitartikel zur Rede Barthous: „Wir müssen Deutschland die Mittel zur Erzeugung geben oder sonst alle seine Schulden als untilgbar abschreiben. Dies wird von Tag zu Tag deutlicher.“

Barthous Mißgeschick.

(Eigener Drahtbericht.)

Bern, 27. März. Der Pariser Berichterstatter des „Journal de Genève“ stellt fest, daß Louis Barthou für lange Zeit alle seine Chancen als Ministerpräsident verloren habe. Grand sei über das Mißgeschick Barthous außerordentlich enttäuscht.

Schleswig.

(Eigener Drahtbericht.)

Kopenhagen, 27. März. Der deutsch-schleswigsche Ausschuß des Reichstages hielt gestern eine Sitzung ab, in der der Minister für Schleswig die Mitteilung machte, daß die militärische Besetzung der ersten schleswigschen Zone durch Dänemark am 1. April stattfinden solle.

Das Siedelungsproblem im Reich und in Baden.

Von

Professor Emil Wimmer in Karlsruhe.

Zu obigen Thema haben Professor C. Gothein in Nr. 54, 55 und Abgeordneter Schön in Nr. 50 des „Tagblatt“ Stellung genommen. Den allgemeinen agrarpolitischen Anschauungen unseres verdientvollen Wirtschaftshistorikers Gothein kann ich mich im großen Ganzen angeschlossen, ebenso den Ausführungen des Abgeordneten Schön; nur da, wo die Ausführungen auf das Gebiet der politischen Tatsachen und der politischen Überlegenheit, bedürfen die Behauptungen und damit auch die daraus gezogenen Schlüsse einer Richtigstellung.

Das Reichsiedelungsgezet will Beschaffung von Land für Neubesiedlung sowie Hebung kleiner Betriebe durch Landteilung auf die Größe einer selbständigen Ueberräumung. Es ist auf die Befriedelung des Nordens und Ostens eingestellt, wo vor allem Landarbeitern Grund und Boden zur Verfügung gestellt werden soll und wo der Programmbereich vorherrschend bei geringer Bevölkerungsdichte. Die Landbeschaffung soll durch Bereitstellung zunächst von landwirtschaftlich genutzten Domänen, dann von Oed- und Moorland erfolgen. Vor dem Walde und dem forstwirtschaftlich genutzten Grund und Boden hat das Reichsgezet absichtlich und wohlbegründet halt gemacht.

Die wirtschaftspolitischen Bestrebungen unserer Reichsregierung, sowohl Verwaltungsmaßnahmen als auch Gesetzgebung, gehen zielbewußt daraufhin, den Ausfall an Holzproduktion, den uns der Krieg und Friedensschluß gebracht hat, soweit als möglich durch Erhaltung unserer jetzigen Waldfläche und Ertragssteigerung darauf im Inland zu decken.

Das Deutsche Reich hat vor dem Kriege jährlich 15 Millionen Kubikmeter Kuchholz aus dem Ausland eingeführt, um seine Wirtschaft im Gang zu halten; wir haben durch den Friedensschluß 14 Prozent unserer deutschen Waldfläche verloren, weitere 8 Prozent liegen im besetzten Gebiete, so daß wir mit einem vorläufigen Verlust von 22 Prozent der Fläche und 20 Prozent des jetzigen jährlichen Zuwachses und Einschlags rechnen müssen. Ferner ist aber zu berücksichtigen, daß wir durch das Unterlassen von Kulturen und Bestandspflege während der fünf Kriegsjahre, durch Raubbau infolge Brennstoffschlages, durch Diebstahl infolge der Revolution und schädigende übermäßige Streunabgaben einen Zuwachsentgang von rund 15 Millionen Kubikmeter im deutschen Wald annehmen können.

Jeder der einigermassen einen Einblick in diese Verhältnisse hat, wird daher die verständlichste Sorge, mit der das Reich unseren Waldbestand zu erhalten, schonen und zu pflegen beabsichtigt, um wenigstens den wichtigen Rohstoff Holz nachhaltig dauernd in bestimmtem Umfange zu sichern, als eine sachkundige, weitblickende Wirtschaftspolitik würdigen. Es ist daher um so unbegreiflicher, daß das badische Ausführungsgezet zum Reichsiedelungsgezet diesen Standpunkt nicht teilt, sondern sogar allgemein Waldausstodungen für Landbeschaffungen vorzieht; es läßt sich das nur damit erklären, daß in Baden die Durchführung der Siedelung nicht vom Staat und seinen dafür vorgebildeten Beamten selbst geschieht, wie in Hessen, sondern daß eine Siedelungs- und Landbank, G. m. b. H., gegründet wurde, die auf Kosten des Staatswaldes finanziert werden soll; jedenfalls sind die erhobenen Gutachten einseitig landwirtschaftlich orientiert. Wenigstens scheint die Bank, der ein so verantwortungsvolles Amt der Allgemeinheit übertragen worden ist, in erster Linie die Gebiete herauszufinden, wo hochwertiger Wald steht, um aus dem billig überlassenen Holz in erster Linie einen wirtschaftlichen Vorteil für sich zu erzielen. Daß damit die ganze Siedelungspolitik sehr ungeschickt angepaßt worden ist, liegt klar zu Tage.

In der „lakonisch dunkeln Kürze der Begründung“ des Ausführungsgezetentwurfs, wie sie Gothein bezeichnet hat, treten Behauptungen auf forstpolitischen Gebiete zu Tage, die allen forstwirtschaftlichen Tatsachen widersprechen und die den Anschein erwecken, daß die Bestimmungen

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 16 Seiten mit Pyramide.

einigen interessierten Kreisen, nicht aber einer allgemeinen Landeskultur Rechnung tragen. Nebenfalls bedarf dieser Entwurf, wie die ganze Organisation der Siedelungsbestrebungen noch sehr der fachkundigen Beratung und Durchsicht, und ich teile die Hoffnung mit, daß der Landtag auf die jetzige Fassung sich nicht einlassen wird. Bezüglich der forstlichen Tätigkeiten enthält der Entwurf als auch Gotheins Ausführungen die Wendung, daß Baden das wahrlich beste Land sei. Das stimmt mit den nachsten Zahlen der Statistik und wird in dieser Form oft von waldbewirtschaftenden Kreisen mißbraucht, ohne dabei auf die Gründe für den verhältnismäßig hohen Anteil des Waldes an der Gesamtfläche in Baden einzugehen. Der Grund liegt aber nicht etwa in mangelnder landwirtschaftlicher Besiedelung, sondern darin, daß fast ein Drittel des Landes im Gebirge liegt, wo der Wald auf absolutem Waldboden steht. Dazu kommen im unteren Rheintal einige größere Waldflächen auf leichten Fluglandböden, die sowohl für eine wirtschaftliche andere Kulturform ungenügend sind, als auch für die Befriedigung an Streu, Wert- und Brennholzbedarfes in jener Gegend mit parzellierten, angekauften landwirtschaftlichen Kleinbetrieben unbedingte Lebensnotwendigkeiten sind. Der gesunde Sinn unserer unterland landbaureisenden Bevölkerung wehrt sich deshalb auch mit Recht gegen zumweitgetriebene Ausföckungen und namentlich Neuanfiedelungen in jener Gegend.

Weiter ist aber zu betonen, daß wir in Baden nur 18 Prozent Staatswald haben, trotz des hohen Verwaltungsprozentes, die geringste Staatswaldfläche. Die Ansprüche an diese soziale Produktionsform mehren sich jährlich. Die Ausführungen des Abg. Schön, zuerst auf den Staatswald zu greifen, können daher vom allgemeinen volkswirtschaftlichen Standpunkt ebenfalls keine Zustimmung finden, sondern wir müssen diesen wichtigen Besitz der Allgemeinheit möglichst zu erhalten, da er schon an und für sich klein ist und eine wichtige Rolle in der Landeskultur spielt. Der Staatswaldbesitz ist dann seiner ausgezeichneten Bewirtschaftung aber relativ am ertragreichsten. Dafür ist mit daran auch schuld, daß wir einige große zusammenhängende Forstbetriebe haben; die Forstwirtschaft ist eine ausgeprägte Großflächenwirtschaft und der forstliche Betrieb wird erst rentabel und beweglich, wenn große zusammenhängende Flächen einheitlich bewirtschaftet werden können. Es folgen daher in der Produktivität auf den Staatswald die der Standesherrn und großen Gemeindeförster. Im Entwurf heißt es nun im Widerspruch damit: „Selbstverständlich soll der kleine Waldbesitz weitgehend gekürzt und nur ausnahmsweise in Anspruch genommen werden.“ Gerade der parzellierte Kleinwaldbesitz ist meist völlig unproduktiv, und für die Sicherung unserer Holzproduktion muß der Großwaldbesitz aller Besitzkategorien in erster Reihe im Zusammenhang erhalten bleiben. Es wäre für seine ertragssteigernde Bewirtschaftung sogar eine „Geschlossenheit“ in irgend einer gesetzlichen Form noch mehr gerechtfertigt, als bei den „geschlossenen“ Hofgütern, da eben von einer bestimmten Größe an die forstliche Produktion unwirtschaftlich wird. Um jährlich nur 1 Hektar Fläche dauernd fortlaufend abzumähen, muß ein Besitz bei 100jähriger Erntezeit 100 Hektar Größe haben. Sogar das neue Gesetz über die Aufhebung der Fideikommissgüter in Preußen hat Bestimmungen getroffen, daß bei Waldgütern, die nachhaltig bewirtschaftet werden können, diese Bewirtschaftung gewährleistet bleibt.

Auf Seite 21 der Begründung heißt es weiter: „Auf forstwirtschaftlich genutzte Grundstücke bezieht sich die Beschränkung in § 27 des Reichs-Siedelungsgesetzes nicht.“ Die Beschränkung der Enteignung ist dort nur auf Güter über 100 Hektar ausgeprochen. Es ist jedem, der das Gesetz ungelesen ansetzt, klar, daß sich dieser Paragraph nur auf landwirtschaftlich genutzten

Boden bezieht, da von Wald im ganzen Reichs-Siedelungsgesetz überhaupt nirgends die Rede ist. Zum Schluß wird sich aber jedem, namentlich aber dem dem der Siedelungsgedanke und seine zweckmäßige Durchführung warm am Herzen liegt, doch zunächst auch die Frage andrängen: Deckt denn unser heimischer Wald überhaupt unseren Holzbedarf? Wir haben in Baden neben der forstlichen Produktion eine sehr lebenskräftige Holzindustrie mannigfacher Art. Trotz unseres Waldreichtums haben wir in den Jahren 1890—1900 jährlich 150 000, 1901—1913 jährlich 370 000 Festmeter Holz mehr als ausgeführt, um in normalen Zeiten unseren Bedarf zu decken. Davon wird die nordliche und russische Einfuhr auf Jahre hinaus wegfallen und wir müssen unsere forstliche Produktion darauf einstellen, diesen Anfall einigermaßen dauernd aus dem heimischen Walde zu decken. Deshalb sollte man auch bei den Siedelungsbestrebungen nicht einseitig produktivitätsfördernd vorgehen und zunächst an Ertragssteigerung unserer landwirtschaftlich genutzten Fläche, an große Meliorationen von Sumpf, Weid- und Moorland gehen, ehe man den Wald vernichtet. Muß Wald herangezogen werden, dann greife man zunächst auf parzellierte Waldstücke, die Wind und Sonne ausgeleitet sind, und keine rentable Bewirtschaftung gestatten, nicht aber auf erstklassige Großbetriebe, wie dies auch schon Forstamtmann Fischer im Oktober in der „Bad. Landesztg.“ betont hat. Es besteht in der Hoffnung, daß das Reich den Eingriff in den Großwaldbesitz nicht dulden wird, da es über die Forstwirtschaft sachkundiger beraten ist und ihm, nicht Baden, das Enteignungsrecht zusteht.

Das Mahnwort des preussischen Landwirtschaftsministers Braun gilt auch hier: „Nicht experimentieren, sondern produzieren!“

Ministerreden.

Eine Rede Millierands.

Paris, 27. März. (Wolff.) Bei Bejprechung der Interpellation über die auswärtige Politik der Regierung forderte in der Kammer der Sozialisten Cachin die Anerkennung der Sowjetregierung und die Wiederherstellung des Friedens zwischen Rußland und Polen. Er sprach die Befürchtung aus, daß Konstantinopel und die Meerengen eine Beute Englands würden und kritisierte die französische Politik gegenüber der Türkei. Er verurteilte die Entsendung von Truppen nach Syrien, worüber das Parlament gar nicht befragt worden sei. Bezüglich des Versailler Friedensvertrages sagte Cachin, seine Partei werde die Regierung unterstützen, aus Deutschland an Wiederherstellung herauszuholen, was im Rahmen des Möglichen liege, aber darüber hinausgehen, sei unendlich. Vor allem müsse Deutschland in den Stand gesetzt werden, zu bezahlen.

Ministerpräsident Millerand erwiderte dem Vorredner, daß die Alliierten übereingekommen seien, die Sowjetregierung nicht anzuerkennen. Die Alliierten wollten eine lebensfähige Türkei. Dieses Ziel sei wohl vereinbar mit der Freiheit der Meerengen und der Wahrung der wirtschaftlichen und finanziellen Interessen Frankreichs in der Türkei.

Bezüglich des Versailler Friedensvertrages sagte der Präsident, Deutschland habe versucht, sich den Verpflichtungen des Friedensvertrages zu entziehen, so hinsichtlich der Auslieferung der Schuldigen. In ihrer Note vom 14. Februar haben die Alliierten dieses bekräftigt, weil davon entfernt, irgend eines ihrer Rechte aufzugeben, die ihnen laut Artikel 228 und 230 des Vertrages zustehen. Auch in der Frage der Kohlenlieferungen müsse er betonen, daß diese nicht erfolgt seien. Die Wiedergutmachungskommission sei mit der Angelegenheit betraut worden. Weiter habe Deutschland sich den Verpflichtungen bezüglich seiner

Entwaffnung entzogen und es habe erreicht, daß die für April vorgesehene Stärke von 100 000 Mann auf den 10. Juli ds. Js. hinausgeschoben worden sei. Die Kontrollkommission habe festgestellt, daß Deutschland nichts unternommen habe, um seine bewaffnete Macht zu reduzieren, es habe sich vielmehr dieser durch den Vertrag begründeten Reduktion widersetzt. Es habe sogenannte Polizeitruppen geschaffen, die aber nichts weiteres seien als Reserven, die durchaus dem Geiste des Vertrages widersprechen. Es handle sich auch in dieser Frage um eine Verletzung der Vertragsbestimmungen. Hinsichtlich der Kohlenlieferungen sei Deutschland auch vor dem Ausbruch der Unruhen in Ruhrgebiete seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen. Infolge der Angriffe auf die Kontrollkommission und des Militärputsches vom 18. März hätten diese Kommissionen vorerst ihre Tätigkeit einstellen müssen.

Millerand fuhr fort: Wegen der Angriffe auf die alliierten Offiziere in Berlin und Bremen hat Marshall Foch den Alliierten einen Vorschlag unterbreitet, der Wiedergutmachung sowie neue Garantien gegen eine Wiederholung solcher Ereignisse verlangt. Bezüglich der Entsendung von deutschen Truppen in die neutrale Zone des Ruhrgebietes fragte Millerand, wer denn den Alliierten Sicherheit gäbe, daß die deutschen Truppen nach Wiederherstellung der Ordnung die neutrale Zone verlassen würden.

Zum Schluß verlangte der Ministerpräsident die unbedingte Durchführung der Vertragsbestimmungen. Die Lage sei schwierig, und diese Schwierigkeiten verlangten eine einheitliche Front der Alliierten gegenüber den deutschen Versuchen, sich den vertraglichen Verpflichtungen zu entziehen. Er werde Bedacht nehmen auf die Erfüllung der Bestimmungen und sei sicher, daß auch die Alliierten diese Sorge der französischen Regierung teilen. Die Erklärungen Lloyd Georges im Unterhaus ließen die Annahme als berechtigt erscheinen, daß seine Entschlüsse bevorstünden.

Die Kammer, die der Rede des Ministerpräsidenten Beifall zollte, vertagte darauf die weitere Aussprache.

Aguiath und Lloyd George zur Lage.

Amsterdam, 26. März. „Telegraaf“ meldet aus London: Aguiath eröffnete gestern im Unterhaus die Debatte über die allgemeine Lage in Europa. Er hat die Regierung um Auskunft über die Lage in Deutschland. Hierauf besprach er die türkische Frage und befahte sich mit der furchtbaren Lage in Desterreich, wo die Krankenhäuser schon seit Monaten ohne Medizin die Wohnungen ohne Brennstoff und die Kinder ohne Schutzwärme seien. Zum Schluß verwies Aguiath auf die Notwendigkeit, den vorläufigen Feinden, Deutschland inbezug auf wirtschaftlich auf die Beine zu helfen, damit sie in der Lage seien, den angegriffenen Kriegsschäden zu bezahlen.

Lloyd George sagte, es sei ein Glück, und zwar nicht allein für Deutschland, daß der monarchistische Putsch mißglückt sei. Die Schwierigkeiten in der Lösung der türkischen Frage erklärte er mit der Tatsache, daß Wilton im vergangenen Sommer darum ersucht habe, mit der Lösung zu warten, bis er die Amerikaner darüber befragt habe. Es sei schwierig, Konstantinopel unter internationaler Verwaltung zu stellen. Das Verprechen, daß der Sultan im Besitz der Stadt bleibe, wenn die Christenmorde aufhören, läßt einen großen Einfluß aus. Solange aber keine Ruhe und Ordnung in diesem Land herrsche, habe das alles keinen Zweck.

Im weiteren Verlauf seiner Rede stellte sich Lloyd George ausdrücklich für Frankreich ein, das diesen Krieg nicht gewollt habe. Lloyd George wies darauf hin, daß gar kein Grund dafür bestehe, eine Revision des Friedensvertrages zu verlangen. Er

schätzte, dem Versailler Vertrag zufolge könne Deutschland selbst eine Festsetzung des angerichteten Schadens und der Entschädigungssumme, die zu vergüten es imstande sei, vornehmen. Bisher habe dies Deutschland noch nicht getan. Wenn Deutschland Kredit nötig habe, dann solle es anfragen, wie viel. Wenn die Sache Deutschlands gerecht sei, dann werde sie ertragen werden.

Lloyd George erklärte ferner, Großbritannien beabsichtige das Mandat für Mesopotamien einschließlich Mosul zu beanspruchen. Mit Bezug auf die von Deutschland zu zahlende Entschädigungssumme erklärte der erste Minister, weder Frankreich noch Belgien würden irgendeinem vernünftigen Vorschlag im Wege stehen, durch den Deutschland in die Lage versetzt werde, seinen rechtmäßigen Verantwortlichkeiten nachzukommen. Aber es müsse der klare Beweis bestehen, daß man die Absicht hat, seinen Verpflichtungen nachzukommen.

Die Gärung in Irland.

London, 27. März. Bonar Law teilte gestern im Unterhaus mit, daß der Amtsrichter von Dublin gestern morgen von vier Männern aus der Straßengasse geholt und auf offener Straße erschossen worden sei.

Sozialistische Aufwiegelung in Italien.

Neapel, 27. März. (Wolff.) Auf die gestrigen Vorfälle hin wurde hier der Generalstreik proklamiert. In Florenz veranstalteten die Arbeiter einen Protest gegen die Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise. Es wurden einige Wagen gestrichelt und umgekehrt. Auch in anderen Orten kam es verheerend zu Ausschreitungen. Der Minister rat entschloß sich zu den strengsten Maßnahmen gegen die Ausschreitungen. Vertreter verschiedener Provinzen kamen in Rom zusammen und richteten an die Regierung einen Appell, der die Unterdrückung der sozialistischen Aufwiegelung in den Landkreisen dieser Provinzen forderte. Nach der „Tribuna“ werde Nitti in der Kammer eine neue Erklärung abgeben, die einen Versuch darstellen würde, die konstitutionellen Parteien einschließlich der katholischen Partei zu sammeln, um die Sicherheit aufrecht zu erhalten.

Mailand, 27. März. (Eig. Drahtbericht.) Der „Corriere della Sera“ teilt mit, daß der Streik in der Stadt Neapel beendet sei. Er hat zwei Tage gedauert, wobei die Ordnung nirgends gebrochen war.

Die Blätter berichten aus Nowara, daß es im Landarbeiterstreik von Varese zwischen 300 Soldaten und Streikenden zu einem Konflikt kam, wobei es drei Tote und verheerende Verwundete gab.

Der „Avanti“ veröffentlicht einen Aufruf der sozialistischen parlamentarischen Gruppe, worin die 150 Deputierten dieser Gruppe ersucht werden, bei den Kammerverhandlungen zugegen zu sein, da sich dieser Tage das Schicksal des lägerhaften, betrügerischen Ministeriums entscheiden werde.

Abkommen zwischen Estland und Lettland.

(Eigener Drahtbericht.) Selingfors, 27. März. (Wolff.) Zwischen Estland und Lettland wurde ein Abkommen über Waik erzielt, wonach die Esten ihre Truppen aus dem lettischen Gebiet zurückziehen und die Zugehörigkeit Waik von einem Schiedsgericht der Entente entschieden wird.

Rücktritt des türkischen Kabinetts.

Konstantinopel, 26. März. (Neuer.) Das Kabinett Sal Pasha ist zurückgetreten. Damad Ferid Pasha wurde mit der Bildung des neuen Kabinetts betraut.

Unsere heutige Pyramide (Nr. 19) enthält: Zur Theorie des sozialen Ausgleichs von Dr. Bruno Altmann. Karlsruher Künstlererinnerungen von Hans Gude I. Die Kunst und die Publika von Heinrich Ritter. Französische Sagen II. von Karl Ohmsmann. Alte Odenwälder Tellerpreise von Hans Gaeffgen. Die Nachtgallen der Heilotte von Konrad Martin Raut. Der Park von Hilde Kirchg. Blumenhochzeit, Schwarzwaldmärchen, von Toni Rothmund.

Jedes Umfärzen alter Verfassungen, sogar jedes Ausschließen derselben, welches ja doch ein teilweises Stützen ist, dieses muß — es mag von einem Philosophischen oder politischen Systeme die Rede sein — im Anfang immer schlechtere als gute Gesetze gebären. Das eingeseffene Uebel und Giftum wehrt sich und beißt noch grimmiger, wilder, kopfloser als vorher in seinem ruhigen Bau; und die neue Anstellung überreißt das Rehe so gut, einfüßend, als jene, das Alte abwehrend. Erst wenn Alte und Neue sich in Alltägliche verwandelt haben, kommt die Saat des Guten in Blüte. Jean Paul.

Wochenplauderei.

Von Antanas Butkus.

Sie kennen gewiß die Redensart vom toten Sarpanagel aus Charles Dickens Weltwunderschichte. Aber noch viel toter als jener tote Sarpanagel ist der Generalarzt hinter der ehemaligen Grenadierskaserne. Schon der Ausgang mit seinen häßlichen, mit Stumpf und Stiel ausgebrotenen Waldstücken bietet einen erbarungswürdigen Anblick. Läge gar noch jener nie an dergefallene selbe Schmelzton darüber, so könnte man meinen, man liege in den araberbesetzten Schlachtwäldern um das ehemalige herrliche Schloss Follenbrach oder die Kloster-Terranantikals Bremonters oder von Couch le Chateau und wie sie alle heißen die ungeschändeten anderen Kandidatensitze im vernichteten Nordfrankreich. Diese Erinnerung wird um so lebendiger, als ab und zu ein Schuß, der Baumwurzeln freisetzt, die Stelle unterbricht. Dann schlägt das Herz zum Hals, nicht aus bläher Angewideltet, sondern in unmaßigem Efel vor dem Wahnsinn der totenkannter Kulturmenschen, die nichts anderes als um wüthten, als sich gegenständig totzuschlagen.

Der Generalarzt also liegt toter da als ein toter Sarpanagel. Am westlichen Teil scheint man Gärten

anzulegen, sonst aber starrt die Sandwüste wie ein erblindetes Auge. Ehemals blühte der Platz in den Wärdagen von taufend Selmpfeiben, von abertausend Knöpfen, von blauen Säbeln und drüben im Schatten des Baubaus bei den Schiedstünden von den Antrumenten der auf den Parademarsch wartenden Kapelle. Denn man schreibt den Wärdagen, und die Kompaniebestimmung steht drohend über dem aufgereagten, schwäbischen Saufen von Kerls und Herren Kerls. In dem Augenblick, in dem sich das Herz, froh der Erinnerung an das bunte Bild, erweichen will, erstickt noch heute, nach Nacht und Tag, der Groll an nichtswürdige Schindereien den Wunsch nach einer Wiederkehr. Denn mir da eine „Vorbestimmung“ durch den Major. Der war ein französischer Ehrgeldner, der Saupmann ein im Alkoholnebel bössartiger Paranoiker — beide sind in der Tat bald verabschiedet worden — die beiden „standen sich nicht“, man kann sich denken, wie es uns armen Luderich ergeht. Anweimal marschieren wir im Tritt — die Herren bitte ich, auszutreten“ mit unzähligen „Einlegen“ über den 700 Meter breiten Platz und der Unfall wolle, daß wir — im Wärdagen die Kiembauwe machen durften! Alle Schuld rächt sich auf Erden. Nicht wegen des an sich gleichgültigen Einzelvoranages. Das Blut wurde durch die Summe solcher unpolitischen Schindereien vergiftet. Es ist ihnen ausgeschieden in der heiligen Begeisterung der ersten Kriegswunden. Dem war aber nicht so. Die Krankheit wurde tödlich.

Die Voranage in Berlin ruft bei diesem morgendlichen Spaziergang auch die Erinnerung an den ehemaligen Obersten des Grenadiersregiments 109. Freiherrn v. Lüttwisch, wach. Alles, was redet ist: er war ein ritterlicher Herr und ein wohlwollender Vorgesetzter, der seinen Kram durchaus verstand. Jeder Kommandeur hat, wie der Militärararao das nannte, einen „Kimmel“. Lüttwisch hatte den Lüttwimmel. Der alte Turner war sein „raus; manches Mitglied des heiligen M.A.V. wird sich dessen trotz alledem und alledem freudig erinnern. Im Krieg traf ich wiederum auf den genannten, ritterleganten, Offizier. Er führte an herbortragender Stelle in „meiner“ Armee eine Gruppe und hatte glänzende Erfolge. Der Generalfeldbesitz seines damaligen Armeekorpskommandos war der jetzige Chef des Reichsheeres Reinhardt, ein hochbefähigter Offizier, der aus einer berühmten württembergischen, in allen Dingen ausgezeichneten Offiziersfamilie stammt. Als Süddeutscher verstand er besser als die Wehrabst seiner Kameraden gleicher Stellung die Seele des Soldaten, von der jene um Verhängnis überhaupt nichts wußten vor lauter Nachfülle und Unachtsamkeit. So habe keine stärkere Verehrung aus dem Krieg gerettet als zum damaligen Oberst, jetzigen General Reinhardt. Dieser Harbenkende und wirklichkeitsfuge Offizier Reinhardt und sein von ihm einst hochge-

schätzter General Lüttwisch, der ihm ehemals als Kommandeur eines Generalkommandos amierfemahen unterhand, wie prallen sie heute durch höllisches Verhängnis in der unausdenklichen Wirtis aufeinander! Man muß sich einmal vorstellen, welche dunkle, tiefschwarze Konfliktstimmung durch das verheerende Offiziersverloren stuten. Auch der radikalste Republikaner muß sich einmal gedanklich auszumalen versuchen, welche ungeheuerliche Seelenkämpfe die auf eine andere Weltanschauung eingeschworenen Offiziere in einer Geistesverhüllung der heutigen durchzumachen haben, müssen einmal den inneren Widerstreit zwischen dem Chef des Reichsheeres Reinhardt und dem Aufwiegler Lüttwisch, zwei alten treuen Kriegskameraden, zu erfüllen versuchen! Dichter heraus! Sie haben Traudienststoffe aus wirklichen Offiziersnotizen an Stelle des sentimentalen Heißers „Mofemmontaa!“ Weil wir gerade bei der Literatur sind: Nun hat Franz Adam Vetterlein mit dem in dem ganzen Hochmut und Unverständnis der Klasse i. R. belämpften Roman „Jena oder Sedan?“ doch recht gehabt. Nur der Friede ist noch schlechter ausgefallen als selbst jener nach Jena.

Aus dem Rheinland kommen tolle Meldungen. Ganz im Ton der ehemaligen Kriegsberichterzähler wird in Ausdrücken der Dilettantenstrategie von Vorwärts und zurückwärts erredet und soar davon gesprochen, daß „Beute eingebracht wird“. Neber Mann Deutschlands war im Krieg und hat dadurch eine Vorkellnung, wie ungläublich schwer es ist, eine Truppenmasse von 50 000 bis 60 000 Mann, von der das Volkbüro berichtet, allein in Marck zu halten, vielweniger zu verpflegen oder gar mit ihr zu operieren. Da stimmt etwas nicht. Offenlich haben sich die Berichtserzähler oder die Aweckelber aus Lagern mit entgegengeleiteten und doch wiederum in gewisser Beziehung gleichlaufenden Tendenzen um einiae sehtautende verzahlt.

Nächst hat laut Anschlagtaule ein Medner in einem Vortrag das Bild der Welt in der Abstraktion des Kapitalismus gezeichnet. Der Mann hat behauptungslos recht. Ich hätte aber auch einen andern, zudem leichter auszuführenden Vorschlag für die endliche Gesundung der tollkühnen Menschheit: Man vernichte alle Waffen und verbiete ihre Herstellung bei Todesstrafe. Dann gibt es Ordnung. Sollten das hin und wieder Verhöhnungsmittel nötig werden, so schaffe man die erforderliche Menge von Stricken an, die je nach der Veranlassung mit Wein, Bier, Wasser oder Saude zu laden wären. Für Erfolg wird garantiert. Blut ist wachstaria fernae aktoffen.

Am endlich diese Wochenplauderei mit achtemäher Seiterkeit zu schließen, die betrübliche Mitteilung, daß sie nicht gekommen ist. Eine Meldung besagte, sie sei krank erkrankt, die andere, sie habe sich verlobt, was ja anwetlen aus Gleich herauskommt.

Tatsache ist, daß sie nicht gekommen ist, wodurch das bekannte bringende Bedürfnis folgenfemher weiter besteht. Wer eiaentlich? Nun, natürlich die Tänzerin Danelore.

Kunst und Wissenschaft.

Wie Müngen die X-Strahlen foud. (Zum 70. Geburtstag des Gelehrten.) Im Dezember dieses Jahres führt sich zum 25. Male der bedeutungsvolle Tag seiner bewundernswürdigen Sitzung der Würzburger physikalischen Gesellschaft, in der Müngen die ersten Mitteilungen über die Entdeckung der X-Strahlen machte, die seitdem in aller Welt seinen Namen führen, und deren Entdeckung den Beginn einer neuen, das Erdenrund erobrenden Wissenschaft bedeuten. Anlässlich des 70. Geburtstages des berühmten Gelehrten möge an ein für die Wesensart des deutschen Forschers bezeichnendes Wort erinnert sein, das er etwa ein Jahr nach seiner Entdeckung sprach, als sich der englische Physiker Sir James Davidson seinem über Nacht zur Weltberühmtheit gelangten deutschen Kollegen in dessen Laboratorium vorstellte, wo er nicht viel anderes als eine Spule und eine kleine zylindrische Röhre sah. Zwischen den beiden Gelehrten entspann sich nun folgendes charakteristisches Zwiegespräch:

Was taten Sie mit der Hitzrohrigen Röhre, als Sie die Entdeckung der X-Strahlen machten?
Ich sah nach unsichtbaren Strahlen aus.
Was brachte Sie auf den Gebrauch des Schirms mit Bariumplatinocyan?
Wir benutzten ihn in Deutschland zur Beobachtung der unsichtbaren Strahlen des Spektreums, und ich hielt die chemische Verbindung für geeignet, auch etwa vorhandene unsichtbare Strahlen zu entdecken, die eine solche Röhre abgeben könnte.

Müngen schiederte dann den Verlauf seiner Entdeckung noch genauer und erzählte, wie er die Röhre sorgfältig in schwarzes Papier eingewickelt hätte, um alles Licht auszuschließen und doch zu seiner ungeheuren Ueberzeugung den auf dem Tisch drei oder vier Meter entfernten liegenden Schirm hell aufleuchten sah. Auf die Frage seines englischen Besuchers, was er sich dabei gedacht habe, antwortete Müngen mit den bezeichnenden Worten:

Ich dachte überhaupt nicht, ich unterjuchte.